



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche
und private Fürsorge,**



der letzte Newsletter des Jahres 2004 liegt nunmehr vor Ihnen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ist endgültig in Berlin angekommen.

Präsidiums- und Vorstandssitzungen, die Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins sowie die Einweihung der Geschäftsstelle haben in den vergangenen Wochen die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Vereins beansprucht.

Letztendlich, so zumindest die zahlreichen Rückmeldungen, konnten sich die Mitglieder des Hauptausschusses sowie die über 200 Gäste bei der Einweihung der Geschäftsstelle am 6. Oktober 2004 davon überzeugen, dass mit den neuen Räumlichkeiten des Deutschen Vereins in Berlin allein schon optisch eine Modernisierung des Deutschen Vereins einhergegangen ist.

Großzügige, helle Räume bieten optimale Voraussetzungen für ein angenehmes Arbeitsklima. Die zentrale Lage im Herzen unserer Hauptstadt hat bereits zu zahlreichen Kontaktaufnahmen zu befreundeten Organisationen und Verbänden, zu Legislativen und Exekutiven und zu den Vertretungen der Bundesländer geführt.

Wir sind überzeugt, dass sich das Haus des Deutschen Vereins in der Michaelkirchstraße als Kommunikationsort des Sozialen weiterentwickeln wird: Haben doch bereits das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. und in Kürze auch das Deutsche Jugendinstitut ebenfalls Räume dort angemietet, um in Berlin jederzeit präsent sein zu können. Auch der Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen hat seinen Sitz von Kiel in diesen Gebäudekomplex verlegt.

Es bleibt zu hoffen, dass weitere Träger und Organisationen ihre Aufgaben in Berlin entdecken. Der Deutsche Verein wird ihnen gegebenenfalls behilflich sein können.

Die Föderalismus-Kommission von Bundestag und Bundesrat will bis Jahresende einen Vorschlag zur Erneuerung der landesstaatlichen Ordnung vorlegen. Auf das Ergebnis der Diskurse zwischen Bund und Ländern darf man mit Fug und Recht gespannt sein. Einen Einblick in die kontroverse Diskussion lieferte bereits der öffentliche Teil unserer Hauptausschusssitzung am 6. Oktober 2004. Die Vorträge und Debattenbeiträge machen deutlich, dass dieses Thema längst noch nicht ausdiskutiert ist.

Wenn auch etwas verfrüht, möchte ich gleichwohl die Möglichkeit nutzen, Ihnen im letzten Newsletter des Jahres 2004 bereits jetzt alles Gute für das kommende Weihnachtsfest und für den Wechsel in das Jahr 2005 zu wünschen, Ihren Familien vor allem Gesundheit, Ihren Einrichtungen und Ihren Organisationen und Ihnen selbst alles Gute für die Zukunft. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Löher
Geschäftsführer des Deutschen Vereins



Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Gräfin Soscha zu Eulenburg

seit 1991
 Vizepräsidentin beim Generalsekretariat des Deutschen Rotes Kreuzes
 1990 bis 2001
 Mitglied des Ständigen besonderen Ausschusses für den deutschen Landesausschuss des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW)
 seit 1991
 Mitglied im Hauptausschuss
 seit 1994
 Mitglied im Vorstand
 seit 2002
 Mitglied im Fachausschuss „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“

Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Dr. Helmut Fogt

1981 bis 1984
 Assistententätigkeit an der Universität Freiburg
 1984 bis 1989
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/
 Forschungsbereichsleiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung
 1989 bis 2000
 Referent/Referatsleiter Bundesinnenministerium, zuletzt als Ministerialrat
 seit 2000
 Beigeordneter für Personal, Organisation und Informationstechnologie des Deutschen Städtetages
 seit 2004
 Beigeordneter für Soziales, Personal und Organisation des Deutschen Städtetages
 seit 2004
 Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

Der Deutsche Verein ist in Berlin angekommen

Alle waren gekommen. Die drei durchaus nicht klein geratenen Räume im Erdgeschoss der neuen Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hatten Mühe, die zahlreichen Besucherinnen und Besucher zu fassen, die anlässlich der Einweihung der neuen Geschäftsstelle in Berlin am 6. Oktober 2004 ihre Aufwartung machen wollten.

Vertreterinnen und Vertreter von Legislative und Exekutive, des Deutschen Bundestages, der Bundesministerien und des Bundeskanzleramts gaben sich ebenso ihr Stelldichein wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vertretungen der Länder beim Bund sowie zahlreiche Länderministerien. Die drei Kommunalen Spitzenverbände von ihrer Bundes- als auch von ihrer Länderebene waren ebenso zahlreich vertreten wie die Bundesorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege, ihre Länderuntergliederungen und Interessenten zahlreicher Einrichtungen und Träger. Letztlich durften natürlich die Gremienmitglieder des Deutschen Vereins aus Hauptausschuss, Vorstand, Präsidium, Fachausschüsse und Arbeitskreise sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle nicht fehlen.

Mit der Verlegung der Geschäftsstelle nach Berlin kehrt der Deutsche Verein an den Ort seiner Gründung im Jahr 1880 zurück.

Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins

Der Hauptausschuss des Deutschen Vereins tagte am 6. Oktober 2004 in den Räumen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin. Neben dem Geschäftsbericht, dem Rechnungsprüferbericht, der Abnahme der Jahresrechnung des Vorjahres und der Entlastung des Vorstandes standen Ergänzungswahlen zum Vorstand des Deutschen Vereins auf der Tagesordnung des internen Teils. Sämtliche Kandidaten wurden mehrheitlich vom Hauptausschuss in den Vorstand gewählt. Eine vollständige Liste der Vorstandsmitglieder kann auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de eingesehen werden.

Im öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung wurde das Thema „Föderalismusreform“ aus den Blickwinkeln von Wissenschaft und Politik betrachtet. „Föderalismusreform: Chance für das Soziale?“ lautete der Titel des Vortrags von Herrn Prof. Dr. Wieland, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt, und Sachverständiger der „Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“. Die Frage „Gleichwertige Lebensverhältnisse im föderalen Staat, ein Verfassungsauftrag“ stellte sich Frau Ministerin Lütke, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein und stellvertretendes Mitglied der sog. „Föderalismus-Kommission“.

Die Beiträge werden demnächst auf die Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de gestellt.

Stellungnahme zu Überlegungen einer Neuordnung der Kompetenzen im Bereich Fürsorge

Eine Arbeitsgruppe des Präsidiums des Deutschen Vereins schlägt in einer Stellungnahme vor, sich nicht generell gegen eine Föderalisierung der Fürsorge auszusprechen, aber vorher zu prüfen, ob die Etablierung neuer und der Ausbau bestehender Öffnungsklauseln (Landesrechtsvorbehalte) im geltenden Recht den Interessen der Kommunen gerecht werden kann.

Die Stellungnahme beschreibt im Übrigen:

- die Ausgangslage und die Rolle des Deutschen Vereins als eine auf die Vereinheitlichung rechtlicher Maßstäbe und Standards hinwirkende Plattform;
- die Maßstäbe der Verfassung und allgemein geltende Grundsätze in der Fürsorge, die einer Föderalisierung nicht zugänglich sind;
- bestehende landesrechtlichen Kompetenzen und welche der Kompetenzen geeignet erscheinen, ausgebaut zu werden;
- Folgen einer Föderalisierung, die in der Diskussion beachtet werden sollten;
- die Auffassung, dass Landesrechtsvorbehalte besser geeignet sind, regionalen Besonderheiten und Interessen Rechnung zu tragen.



Die Stellungnahme wurde vom Vorstand des Deutschen Vereins am 6. Oktober 2004 verabschiedet und kann auf der Website des Deutschen Vereins (<http://www.deutscher-verein.de/>) unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (TAG)“

Der Deutsche Verein stimmt grundsätzlich mit den Zielen des Regierungsentwurfes überein. Die Ziele des Gesetzesentwurfs sind:

- bessere Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, indem die Lücken im Leistungsangebot der Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern – geschlossen werden und damit die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt unterstützt wird;
- besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr Wohl;
- Stärkung der fachlichen und wirtschaftlichen Steuerungskompetenz des Jugendamtes, insbesondere durch die Eindämmung der Selbstbeschaffung von Leistungen sowie die Betonung des Nachrangs der Kinder- und Jugendhilfe;

Dr. Hans van Ewijk, Geschäftsführer des NIZW (Netherlands Institute for Care and Welfare) und Präsident der Europaregion des ICSW (International Council on Social Welfare)



Michael Löher, Geschäftsführer des Deutschen Vereins und Herr Präsident van Ewijk (v.l.n.r.)

- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Heranziehung zu den Kosten;
- Angleichung des Sozialdatenschutzes an das europäische Recht;
- Stärkung der Länderkompetenzen bei Struktur- und Organisationsfragen sowie die Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass zunächst eine verlässliche und dauerhafte Finanzierungsgrundlage für die Kommunen geschaffen werden muss, damit diese den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sicherstellen können. Innerhalb des Deutschen Vereins wird die Reichweite der Gesetzgebungskompetenz des Bundes kontrovers diskutiert.

Die Stellungnahme wurde vom Vorstand des Deutschen Vereins am 6. Oktober 2004 verabschiedet und kann auf der Website des Deutschen Vereins (<http://www.deutscher-verein.de/>) unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Empfehlungen zur Familienfreundlichkeit in Jobcentern

Die Empfehlungen zeigen – exemplarisch auch für andere Dienstleistungsprozesse – in acht zentralen Bereichen praxisnahe und bewährte Instrumente auf, wie Jobcenter familienfreundlicher umgesetzt werden können.

Bestehende Verwaltungsrichtlinien und organisatorische Abläufe sollen auf Familienfreundlichkeit überprüft und ggf. abgestimmt werden. Familienorientierung ist als Zielsetzung in das Leitbild eines Jobcenters zu verankern. Die Organisation von Jobcentern darf sich nicht nur auf verwaltungsgemäße Logik beziehen. Sie muss sich an den Interessen von Familien orientieren.

Die Kooperation von Arbeitsverwaltung und Wirtschaft ist unabdingbar, um die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Im Rahmen des Case Managements sollten individuelle Förderkonzepte entwickelt werden, die die Situation von Familien berücksichtigen. Siehe dazu „Empfehlungen des Deutschen Vereins zu Qualitätsstandards

Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Rüdiger Erben

1991 bis 1994
Sachbearbeiter/Amtsleiter im Ordnungsamt beim Landratsamt Weißenfels
1994 bis 2001
Leiter der Verwaltungsgemeinschaft Teucherner Land
seit 2001
Landrat beim Landratsamt Weißenfels
seit 2004
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

Personalien

In den letzten Wochen gab es viele Personalveränderungen, die zumeist im Zusammenhang mit beruflichen Veränderungen infolge des Umzugs der Geschäftsstelle nach Berlin stehen.

Folgende Kolleginnen und Kollegen sind aus dem DV ausgeschieden:

aus dem Sekretariats-, Sachbearbeitungs- und Verwaltungsbereich:
Sylvie Blanchard, Christa Büchler-Awlas, Petra Büttner, Ulrike Crone, Christel Henkel, Karin Herchen, Elke Klebach, Thomas Kropp, Elke Leonhardt, Emma Matzke, Nadine Pietag, Christina Rumpel, Elvira Seidel, Brigitte Schilling, Renate Simon, Roswitha Schmitt, Ursula Spieß, Erika Teuschler, Ellen Thiel, Gabriele Volz

aus dem hauswirtschaftlichen und Empfangsbereich:
Ingrid Hopf, Angelina Papola, Ikonija Milinkovic

aus dem Bereich der Referentinnen und Referenten:
Jeanette Conradi, Gisa-Maria Müller-Stutzbach

aus dem Bereich der Arbeitsfeldleiterinnen und -leiter:
Manfred Wolf

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge wünscht den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für die Zukunft.



Personalien

Weitere Veränderungen:

Dr. Jonathan Fahlbusch: seit 22. August 2004 Leiter des Arbeitsfeldes IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit“

Ralf Mulot: seit 1. November 2004 Leiter des Arbeitsfeldes V „Bundeszentrale Fachpublikationen“

Neu im Deutschen Verein sind folgende Kolleginnen und Kollegen:

Anke Baldzer: Sachbearbeiterin im Arbeitsfeld II „Kindheit, Jugend, Familie, Gleichstellung“

Anja Kathrin Dumke: Sachbearbeiterin im Arbeitsfeld VI „Internationale soziale Arbeit“

Beatrice Hass: Kommissarische Sachbearbeiterin bei der Koordinatorin der Arbeitsfelder

Marlis Haertel: Sachbearbeiterin in der Verwaltung

Stefanie Hoose: Auszubildende zur Bürokauffrau

Jens Kretzschmar: Referent im Arbeitsfeld I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“

Uta Loke: Referentin im Arbeitsfeld IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit“

Petra Markus: Redakteurin im Arbeitsfeld V „Bundeszentrale Fachpublikationen“

Doreen Prengemann: Sachbearbeiterin im Arbeitsfeld III „Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe und soziale Leistungssysteme“

Verena Schlubach: Referentin im Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Sozialarbeit – Internationaler Sozialdienst“

Sandra Selinger: Sachbearbeiterin in der Verwaltung

Impressum:

Redaktion:
Uwe Hellwig, Berlin
Tel.: (030) 6 29 80-6 14,
E-Mail: hellwig@deutscher-verein.de
Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge.

Geschäftsstelle:
10179 Berlin-Mitte,
Michaelkirchstr. 17/18,
Tel. Sammel-Nr. (030) 6 29 80-0
Fax: (030) 6 29 80-1 50
www.deutscher-verein.de

Postbankkonto: Frankfurt am Main 100847-607
(BLZ 500 100 60),
Bankkonto: Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00).
Gesamtherstellung:
Druckerei Joh. Walch, Im Gries 6, 86179 Augsburg

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

für das Fallmanagement“, vom März 2004; (<http://www.deutscher-verein.de/portal/stellungnahmen/index.html>).

Die Empfehlungen wurden vom Vorstand des Deutschen Vereins am 6. Oktober 2004 verabschiedet und können auf der Website des Deutschen Vereins (<http://www.deutscher-verein.de/>) unter: Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Stellungnahme zum „Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“

Im Mai dieses Jahres hat die Europäische Kommission in dem so genannten „Weißbuch“ ihre Strategie vorgestellt, mit der sie die Entwicklung leicht zugänglicher, hochwertiger und erschwinglicher Dienste im Bereich Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren umsetzen möchte. Der Deutsche Verein begrüßt, dass anstelle einer europaweiten Vereinheitlichung die Vielfältigkeit des Dienstleistungsangebotes sichergestellt werden soll. Gerade im Bereich der sozialen und stark an die jeweilige Person gebundenen Leistungen ist es unerlässlich, auf die regionalen Bedürfnisse und Mentalitäten der Menschen in den einzelnen EU-Staaten einzugehen.

Allerdings könnten die Bemühungen der Europäischen Kommission auch zu einem Kompetenzverlust der Mitgliedstaaten führen. In der Folge verbliebe den einzelnen Mitgliedstaaten kaum mehr Spielraum, die Daseinsvorsorge durch staatliche Zuwendungen oder Steuervergünstigungen zu fördern, ohne gegen das EU-Wettbewerbsrecht zu verstoßen. Der Wettbewerbsdruck auf den sozialen Sektor würde zunehmen. Darüber hinaus plant die Europäische Kommission, Standards für soziale Dienste europaweit festzulegen. Der Deutsche Verein spricht sich dafür aus, dass die Entscheidung dieser Fragen auf der Ebene der Mitgliedstaaten bzw. ihrer lokalen Behörden zu fällen sind.

Die Stellungnahme wurde vom Vorstand des Deutschen Vereins am 6. Oktober 2004 verabschiedet und kann auf der Website des Deutschen Vereins (<http://www.deutscher-verein.de/>) unter: Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Veranstaltungen

Übersicht der Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung im Deutschen Verein

6. bis 8. Dezember 2004 Ort: Bonn
F 442/04

Wohnen im Alter – gegenwärtige Entwicklungen im Spannungsfeld leerer Kassen

8. bis 10. Dezember 2004 Ort: Berlin
F 266/04

Verbindliche Bildungspläne für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen?

17. bis 19. Jan. 2005 Ort: Frankfurt a. M.
F 121/05

Gestalten bei knappen Ressourcen – Fachtagung für Sozialdezernenten/innen

14. bis 16. Februar 2005 Ort: Bonn
F 263/05

Betreuung, Erziehung und Bildung für Kinder unter 3 Jahren

21. bis 22. Februar 2005 Ort: Bonn
F 250/05

Berufliche Bildung benachteiligter Jugendlicher – insbesondere mit Migrationshintergrund

22. bis 25. Februar 2005 Ort: Bonn
F 330a/05

Aktuelle Fragen des Sozialhilferechts (SGB XII)

28. Februar bis 1. März 2005 Ort: Berlin
F 653/05

Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung des Weltaltensplans

2. bis 4. März 2005 Ort: Berlin
F 340/05

Fallmanagement in der Praxis der Jobcenter

2. bis 4. März 2005 Ort: Berlin
F 448/05

Aktuelle Fragen des Heimrechts

Auskunft:
Veranstaltungsmanagement
Tel.: 030/62980-605/6
Fax: 030/62980-650
E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

Aktuelle Übersicht über die Veranstaltungen finden Sie im Internet unter: www.deutscher-verein.de.

Online-Anmeldungen sind möglich.